



Inhaltsverzeichnis

Editorial

Jahrbuch-Redaktion: Zerstörung und Transformation des Gemeinwesens	3
---	---

Staat und Res Publicae

Beat Ringger: Die neoliberale Zerstörung der Res Publicae	6
Bernhard Walpen: Neoliberalismus und Neokonservatismus: Eine historische Skizze	18
John Kannankulam: Neoliberalismus und Staat: Rückzug oder autoritäre Transformation?	31
Beat Ringger, Bernhard Walpen: Neoliberale Bürokratie	42
Pit Wuhrer: Wie ein Staat verschwindet	52
Stefan Giger: Die Abschaffung der Demokratie: Kritik an den neuen Handelsverträgen	60

Demokratiekritik

Chantal Mouffe: ›Postdemokratie‹ und die zunehmende Entpolitisierung	69
Stefanie Wöhl: Die ›Krise‹ der repräsentativen Demokratie in Europa Demokratiethoretische und politikfeldbezogene Reflexionen	73
Birgit Sauer: Demokratie in Zeiten staatlicher Re-Skalierung Geschlechterkritische Überlegungen	86
Lorenz Glatz: Demokratie macht auch nur Staat	94
David Salomon: Demokratie zwischen Opposition und Herrschaftstechnik	99
Urs Marti-Brander: Demokratie im Zeitalter des Kapitalismus – ein uneinlösbares Versprechen?	107

Transformation

Roland Herzog, Beat Ringger, Pascal Zwicky: Demokratie als Notwendigkeit und Programm	116
Pascal Zwicky: ›Mehr Demokratie‹ als Ausweg aus der multiplen Krise	140



Roland Herzog: Föderale Republik Europa	149
--	-----

Ausserhalb des Schwerpunktes

Sarah Schilliger: »Wir sind doch keine Sklavinnen!« Polnische Care-Arbeiterinnen in der Schweiz organisieren sich selbst	164
Marina Richter, Ueli Hostettler: Die Auswirkungen neoliberaler Steuerung auf die Forschung an Hochschulen	178
Heinz Gabathuler: Europäische Betriebsräte, Arbeitnehmende und Gewerkschaften in der Schweiz	186
Robert Fluder, Oliver Hümbelin, Ben Jann: Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in der Schweiz	193
Hans Baumann: Gleichheitsmonitor und Kommentar	207

Impressum

Das ›Jahrbuch‹ wird herausgegeben von Denknetz / Réseau de Réflexion.
Redaktion: Hans Baumann, Roland Herzog, Beat Ringger, Holger Schatz.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin wieder, nicht unbedingt die der Herausgeberschaft und der Redaktion.
Copyright: Das Denknetz Jahrbuch steht unter der Creative Commons-Lizenz CC BY-NC-ND und darf unter folgenden Bedingungen vervielfältigt und verbreitet werden: Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, keine Bearbeitung.
Gestaltung: Lucio Giugni, Layout: Heinz Scheidegger, Korrektorat: Jeannine Horni, Druck und Bindung: freiburger graphische betriebe, Freiburg
Verlag: edition 8, Quellenstr. 25, 8005 Zürich, info@edition8.ch www.edition8.ch
Postanschrift: Denknetz / Réseau de Réflexion, Postfach 9177, 8036 Zürich
info@denknetz.ch www.denknetz.ch
ISBN 978-3-85990-272-5



Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in der Schweiz

Politische Handlungen und Entscheide an der Urne sind geprägt durch die Wahrnehmung der vorherrschenden Verhältnisse und die Antizipation der Folgen eines Entscheids. Beide sind abhängig von der Kommunikation in der Öffentlichkeit und von den Propagandamitteln, über die die jeweiligen Exponenten verfügen. Besonders sensibel ist dies, wenn es um Verteilungsfragen geht. Der Boden für Vorhaben, die eine gerechtere Verteilung anvisieren, ist in der Schweiz offenbar sehr steinig. Von den jüngsten Initiativen mit der Absicht, eine etwas gerechtere Verteilung anzustreben, wurden mit Ausnahme der Abzocker-Initiative alle zum Teil massiv abgelehnt. Dies, obwohl immer nur ein verschwindend kleiner Anteil der Bevölkerung durch zusätzliche Abgaben oder Einschränkungen davon betroffen worden wäre. Offenbar ist sich die Schweizer Bevölkerung der massiven Ungleichheit vor allem bei den Vermögen wenig bewusst, und die Ungleichheit bei der Verteilung der Ressourcen erscheint der Mehrheit als legitim. Gemäss einer Umfrage des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds SGB und der Unia betrachtet es eine Mehrheit als ideal, wenn die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung über einen Drittel des Vermögens verfügen und das ärmste

Prof. Dr. Robert Fluder

ist Dozent an der Berner Fachhochschule und Mitgesuchsteller des NF-Projekts über Ungleichheit. Bis Mitte 2015 war er Leiter des Schwerpunktes Soziale Sicherheit an der Berner Fachhochschule BFH.

Oliver Hümbelin

ist Soziologe. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BFH und als Doktorand am NF-Projekt über Ungleichheit.¹

Prof. Dr. Ben Jann

ist Professor für Sozialstrukturanalyse am Institut für Soziologie der Universität Bern. Er ist Hauptgesuchsteller und Projektleiter des NF-Projekts ›Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Schweiz von 1970 bis 2010‹.

Fünftel immerhin noch über neun Prozent. Die Befragten selber sind der Meinung, das oberste Fünftel verfüge über die Hälfte der Vermögenswerte. Das ist eine stark verzerrte Wahrnehmung der tatsächlichen Verhältnisse, wie die Zahlen dieses Beitrags darlegen. Hier zeigt sich, dass das eigene Idealbild einer Gesellschaft, die Wahrnehmung und die Realität stark auseinanderklaffen. Es sind weniger die Vorstellungen von Gerechtigkeit, sondern die Wahrnehmung der Realität und möglicherweise auch die Ängste über die – in den Medien hochstilisierten – negativen Folgen, die das



Abstimmungsverhalten erklären. Auch im internationalen Vergleich wird sichtbar, dass die Einkommensunterschiede innerhalb eines Landes relativ unabhängig von den tatsächlichen Einkommensunterschieden bewertet werden; vielmehr ist dafür hauptsächlich die subjektiv wahrgenommene Ungleichheit entscheidend. Das heisst, von Ungleichheit ist nur dann ein Effekt auf das Verhalten und die Einstellung der Bevölkerung zu erwarten, wenn diese auch wahrgenommen wird (OECD 2008).

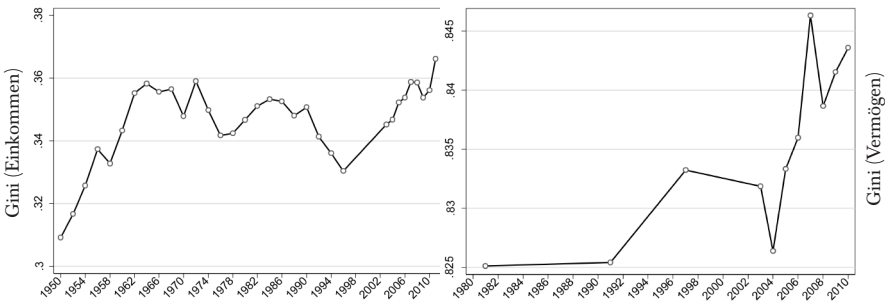
Aufgrund der zunehmenden Ungleichheit und der damit verbundenen Risiken (WEF 2013) sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Forschung Verteilungsfragen wieder stärker in den Fokus gerückt. So hat die OECD in den letzten Jahren verschiedene umfangreiche Berichte zur Einkommens- und Vermögensungleichheit veröffentlicht (OECD 2008, 2011, 2015). Aufgrund der eingeschränkten Datenlage ist die Schweiz in diesen Berichten nicht oder nur am Rande berücksichtigt. Forschungen in der Schweiz gelangen, je nach verwendeten Daten und Einkommenskonzepten, zu unterschiedlichen und teils widersprüchlichen Ergebnissen.² Ein umfangreiches Nationalfondsprojekt zur Einkommens- und Vermögensentwicklung in der Schweiz³ soll diese Lücke schliessen. Ziel dieses Projekts ist, die längerfristige Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und die treibenden Kräfte für die Ungleichheit anhand einer kohärenten Datenbasis zu untersuchen. Dazu wurden Steuerdaten aus verschiedenen Kantonen aufbereitet. Gleichzeitig wurden das Potenzial und die Schwächen von Steuerdaten geprüft (Hümbelin und Farys 2015a, Farys 2015). Wie sich zeigte, sind die Ergebnisse stark durch die Definition der Untersuchungseinheiten, die verwendeten Daten und die Einkommensdefinition geprägt und fallen deshalb unterschiedlich aus. So unterschätzen Surveydaten aufgrund des Mittelschichtbias die Ungleichheit, während Steuerdaten Haushalte nicht korrekt abbilden können.⁴ Im Folgenden werden einige Ergebnisse aus der Nationalfondsstudie anhand der Daten der steuerbaren Einkommen und Reinvermögen der Bundessteuern sowie der verfügbaren Einkommen und Reinvermögen der Berner Steuerdaten präsentiert.⁵

Entwicklung der Einkommensungleichheit

Das Einkommen ist in der Schweiz sehr ungleich verteilt. Die obersten 10 Prozent der Bevölkerung verfügen über fast ein Drittel (29%) der gesamten Einkommenssumme, und allein das oberste Prozent bezieht 10.6 Prozent aller Einkommen, während der Anteil der untersten 10 Prozent gerade mal 3.3 Prozent beträgt⁶ (siehe Grafik 2).



Vergleicht man die Entwicklung der Einkommensungleichheit seit den 1950er Jahren anhand des Gini-Index⁷, so zeigt sich eine starke Zunahme in den Boomjahren der Nachkriegszeit (vgl. ausführlicher Hümbelin und Farys 2015b). Mitte der 1970er und in den 1990er Jahren hat die Ungleichheit abgenommen, was mit dem Ausbau des Sozialstaates in diesen Perioden zusammenhängen dürfte (Ausbau der AHV, Einführung der Arbeitslosenversicherung in den 1970ern). In der Krise der 1990er Jahre wurden die Sozialleistungen stärker beansprucht. Bemerkenswert ist, dass in den Krisenjahren die Ungleichheit eher abnahm. Dabei waren die soziale Absicherung der tiefen und mittleren Einkommen in der Krise und die vorübergehende Reduktion der Vermögenseinkünfte im oberen Einkommensbereich entscheidende Einflussfaktoren. Erst in der Folge der Krisen nimmt dann – wohl aufgrund des von der Krise induzierten Strukturwandels und der Langzeitfolgen der Arbeitslosigkeit (Ausgrenzung eines Teils der Beschäftigten) – die Ungleichheit wieder zu. Zudem profitieren in Aufschwungsphasen vor allem die oberen Einkommen, da die Produktivitätsgewinne ungleich verteilt werden. Die Analyse der neueren Steuerdaten (ESTV und der kantonalen Steuerdaten) zeigt, dass die Ungleichheit seit den 90er Jahren zugenommen hat.⁸



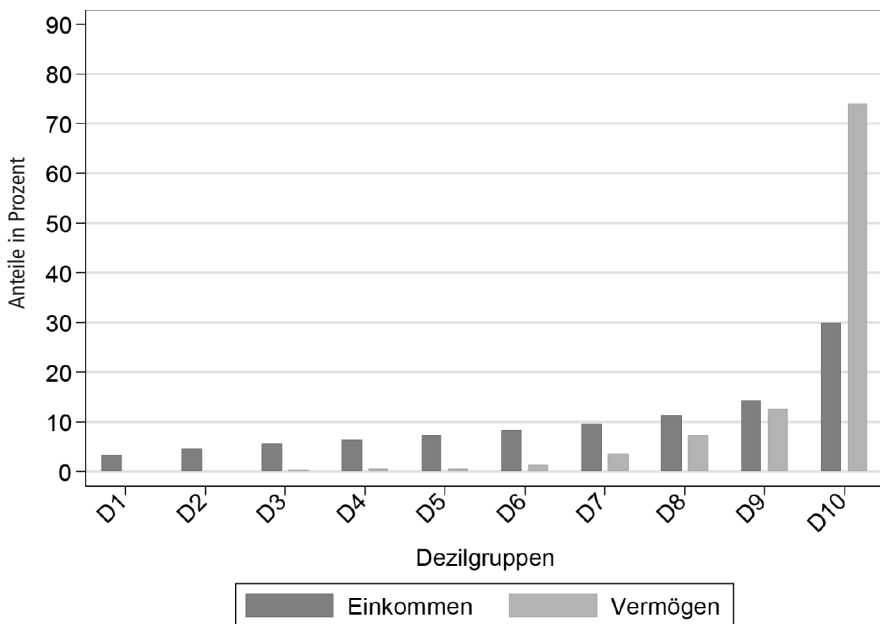
Grafik 1: Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit seit 1950

Quelle: Aggregierte Steuerdaten der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

Deutlich gestiegen ist vor allem der Anteil der Topeinkommen (Foellmi und Martínez 2013). Nimmt man den Einkommensanteil des obersten Einkommensdezils, so ist dieser sowohl in den 1960er als auch seit den 1990er Jahren deutlich gewachsen. Besonders ausgeprägt ist die zunehmende Konzentration beim obersten Einkommensprozent oder Einkommenspromille (Alverado et. al 2015). Deshalb nimmt auch der Abstand der obersten zu den untersten Einkommen stetig zu: Das steuer-



bare Einkommen des obersten Dezils ist 4.7 Mal höher als jenes des untersten Dezils; 2002 war es noch 3.7 Mal höher. Diese zunehmende Einkommensspreizung kann auch in anderen OECD-Ländern beobachtet werden (OECD 2015).



Grafik 2: Verteilung der Einkommen und Vermögen nach Dezilgruppen 2010

(Anteil der gesamten Einkommens- bzw. Vermögenssumme je Dezil). Quelle: Aggregierte Steuerdaten der Eidgenössischen Steuerverwaltung 2010.

Gemessen an den Dezilgrenzen haben die Einkommen der untersten 10 Prozent seit 1970 deutlich weniger zugenommen als die mittleren und oberen Einkommen. Die untersten Einkommensgruppen mussten mit Bedarfsleistungen (Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen EL) unterstützt werden. Das bedeutet, dass der Sozialstaat einen Teil der Ungleichheitsentwicklung abfedern musste. So ist die Sozialhilfequote seit den frühen 1990er Jahren erheblich angewachsen (Fluder und StremLOW 1999, Bundesamt für Statistik BFS 2015a), was auch für die Zahl der EL-Beziehenden zutrifft (vor allem als Ergänzungsleistungen zur IV). Ab 2000 fällt auf, dass die höchsten Einkommen viel stärker gestiegen sind als die mittleren und tiefen. So hat das Medianeinkommen des obersten Einkommensdezils um 12.7 Prozent zugenommen, im unteren Bereich jedoch nur um 7.5 Prozent; im untersten Bereich ist das Medianeinkommen (ohne EL und Sozialhilfe) gleich Null. Auch die Lohnstrukturerehe-



bung zeigt, dass die obersten Löhne seit 1998 viel stärker gewachsen sind als der Medianlohn und die untersten Löhne: So ist der Medianlohn der Vollzeitbeschäftigten zwischen 1998 und 2010 um 16.3 Prozent gestiegen, während die Zunahme im obersten Bereich (90% Dezilgrenze) 26.1 Prozent und im untersten Bereich (10% Dezilgrenze) 17.8 Prozent betrug (BFS 2015). Zusätzlich spielt jedoch auch die Zunahme der Teilzeitjobs eine Rolle, da Tieflohne bei einer Teilzeitbeschäftigung mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 75 Prozent besonders verbreitet sind (BFS 2012). Damit ist in der Schweiz – wie in anderen OECD-Ländern – die Verbreitung der prekären Arbeitsbedingungen ein treibender Faktor für die zunehmende Ungleichheit (OECD 2008, S. 289).

Auch anhand des verfügbaren Einkommens im Kanton Bern, das die Umverteilung durch Steuern bereits berücksichtigt, zeigt sich deutlich, dass seit den 2000er Jahren eine Einkommensspreizung stattgefunden hat: Zwischen 2002 und 2012 hat die Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen um einen Gini-Punkt zugenommen. Eine Aufgliederung nach Einkommenskomponenten zeigt, dass die Erwerbseinkommen seit 2002 deutlich und die Transfereinkommen etwas schwächer gestiegen sind, während die Vermögenseinkommen erstaunlich stabil blieben⁹. Zur Stabilität der Vermögenseinkünfte dürften die tiefen Zinsen beigetragen haben, während die hohen Kapitalrenditen (Aktienkursgewinne und Wertsteigerungen der Liegenschaften) nicht besteuert werden.

Differenziert man weiter nach den Erwerbseinkünften der Lohnbeziehenden und der Selbstständigen, so kann eine Abnahme des mittleren Erwerbseinkommens bei den Selbstständigen festgestellt werden, während gleichzeitig das Erwerbseinkommen der Lohnabhängigen zugenommen hat. Sowohl die Zunahme der Ungleichheit als auch die Einkommensspreizung ist bei den Selbstständigen jedoch wesentlich grösser (Gini 2010: Selbstständige 60, Lohnabhängige 41). Dass die Ungleichheit gewachsen ist, dürfte somit zu einem erheblichen Teil durch die deutlich steigenden Einkommen der Spitzengruppe und die Zunahme der prekären Arbeitsbedingungen insbesondere der schlechter gestellten Selbstständigen bedingt sein. Dass die Löhne sich nicht noch stärker polarisiert haben (vor allem im untersten Einkommenssegment), kann der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zur Festlegung von höheren Minimallöhnen zugeschrieben werden (vgl. Baumann 2014). Auch der Abdeckungsgrad der GAV hat in der Schweiz seit 2000 (allerdings auf vergleichbar tiefem Niveau) zugenommen, was einen Schutz vor allem auch für die untersten Einkommen bedeutet. Im internationalen Vergleich ist diese Entwicklung eine Ausnahme (SGB 2015).



Einkommensungleichheit			
Verfügbares Einkommen (Total der Einkünfte – Steuern)			
	2002	2012	Delta
Gini	40.58	41.57	+0.99
Anteil Top 10 Prozent	27.63	28.42	+0.79
Anteil Top 1 Prozent	6.11	6.53	+0.42
Verhältnis p80/p20	3.77	3.90	+0.27
Vermögensungleichheit			
Reinvermögen (Total der Vermögen – Schulden)			
	2002	2012	Delta
Gini	80.57	82.42	+1.85
Anteil Top 10 Prozent	66.61	69.74	+3.13
Anteil Top 1 Prozent	29.42	32.57	+3.15
Anteil unterste 40 Prozent	0.5	0.41	-0.09
Anteil Steuerpflichtige, die 50 Prozent des Vermögens besitzen	4.43	3.62	-0.81

Kennwerte zur Verteilung der Einkommen und Vermögen im Kanton Bern 2002 und 2012.

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern

Ein weiterer Faktor, der die Ungleichheit anwachsen lässt, ist die nachlassende Umverteilung durch Steuern. Die Studie der OECD stellt fest, dass die zunehmende Ungleichheit in den späten 1990er und frühen 1980er Jahren vor allem durch das Auseinanderdriften der Primäreinkommen bedingt war, während ab Mitte der 1990er Jahre der Rückgang der Umverteilung durch den Staat zu vermehrter Ungleichheit führte (OECD 2008, S. 34). In den OECD-Staaten haben Steuern und Sozialtransfers eine Reduktion der Ungleichheit von etwa einem Viertel zur Folge. In der Schweiz beträgt diese Reduktion etwa 9 Gini-Punkte oder 18 Prozent. Die Besteuerung führt im Kanton Zürich zu einer Reduktion des Gini-Index von nur 4 oder um 8 Prozent (Perrez 2013).

Nicht berücksichtigt werden können anhand der Steuerdaten die Belastung der Einkommen durch Krankenkassenprämien und indirekte Steuern. Im Unterschied zu den direkten Steuern wirken beide degressiv, das heisst die anteilmässige Belastung bei tiefen Einkommen ist höher, was die Ungleichheit der effektiv verfügbaren Einkommen wieder erhöht. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass die Krankenkassenprämien seit 1997 im Durchschnitt um 94 Prozent gewachsen sind, die Löhne jedoch nur um 10 Prozent. Die tiefen Einkommen werden



teilweise über eine Prämienverbilligung entlastet, wobei die Summe dieser Verbilligung nur um 36 Prozent zugenommen hat (SGB 2015). Dies zeigt eine zurückgehende Entlastung der unteren Einkommen an und entspricht der von der OECD festgestellten abnehmenden Umverteilungswirkung des Staates. Der Verteilungsbericht des Gewerkschaftsbundes schätzte die Veränderung der Belastung durch Abgaben und Steuern der letzten zehn Jahre ein. Dabei zeigt sich, dass die frankenmässige zusätzliche Belastung im untersten Einkommensbereich am höchsten ist und dass das oberste Einkommen-Perzentil gar entlastet wurde. Auch Perrez (2013, S. 11) stellt fest, dass die oberen Einkommen eher von der Steuerpolitik der letzten Jahre profitiert haben.

Verteilung im internationalen Vergleich

Vergleicht man auf der Grundlage der Survey-Daten der SILC (Statistics on Income and Living Conditions) die Verteilung der verfügbaren Äquivalenz-Einkommen zwischen den europäischen Ländern, so befindet sich die Schweiz im Mittelfeld. Die Einkommen sind hier ungleicher verteilt als in nordischen Staaten (Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Dänemark) und einem Teil der Oststaaten (Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn), aber gleicher als in Frankreich, Deutschland und England und wesentlich gleicher als in den südeuropäischen Staaten und in einem anderen Teil der Oststaaten (Bulgarien, Rumänien, Polen, baltische Staaten). Auffallend ist, dass die Ungleichheit der Primäreinkommen in der Schweiz relativ gering ist. Dabei dürfte die im internationalen Vergleich hohe Erwerbsquote und die tiefe Arbeitslosenquote eine wichtige Rolle spielen. Relativ gering ist jedoch die Umverteilung der Einkommen durch Steuern in der Schweiz. Möglicherweise spielt dabei auch eine Rolle, dass die Altersvorsorge hier relativ gut ausgebaut ist (weshalb die Ungleichheit zwischen Erwerbstätigen und Altersrentnern relativ gering ist) und hauptsächlich über Sozialbeiträge (ohne Progression) der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert wird. Sowohl bei der Krankenversicherung als auch bei der zweiten Säule existiert kaum eine Umverteilung zwischen Einkommensklassen.

Die Ungleichheit der Vermögen

Die Schweiz gehört nicht nur zu den reichsten Ländern der Welt, sie ist auch gemäss dem neuesten Wealth-Report eines der Länder mit der grössten Ungleichheit des Vermögens (CS 2014). Das durchschnittliche Reinvermögen beträgt knapp 400'000 Franken pro Kopf, gut die Hälfte davon entfällt auf Wohnimmobilien (SNB 2013). Diese Vermögenswerte sind extrem ungleich verteilt: Die obersten 10 Prozent verfügen



über 85 Prozent aller Vermögen (im Kanton Bern sind es rund 70 Prozent), während die Hälfte der Steuerpflichtigen praktisch über kein Vermögen verfügt. Rund 2 Prozent der Bevölkerung besitzen über die Hälfte aller Vermögenswerte (siehe Gleichheitsmonitor in diesem Band); in Bern sind es 3.6 Prozent (vgl. Tabelle).

Wie in anderen OECD-Ländern, ist das Vermögen in der Schweiz noch wesentlich ungleicher verteilt als das Einkommen, aber in kaum einem anderen Land klafft die Einkommens- und Vermögensverteilung so stark auseinander. Nicht zu Unrecht spricht Hans Kissling von einer Feudalisierung der Gesellschaft (Kissling 2008). Gemäss der Untersuchung von Piketty kommt dem Vermögen als ökonomische Ressource ein wachsender Stellenwert zu, und zudem konzentriert es sich auf einen immer kleineren Kreis, der damit auch ein erhebliches Potenzial an Einfluss akkumuliert (Piketty 2014). Aus demokratischer Sicht ist eine solche Konzentration von Einflusspotenzial höchst problematisch. Kapitalrenditen in Form von steigenden Aktienkursen und Liegenschaftspreisen spielen bei der Vermögensakkumulation eine entscheidende Rolle. Diese werden in der Schweiz nicht besteuert und sind somit auch nicht als Vermögenseinkünfte sichtbar. Als solche gelten Zinsen, Dividenden und Einkünfte aus Liegenschaften, die äusserst ungleich verteilt sind (Gini Kanton Bern 2012, S. 81). Vermögenseinkünfte, die sich ausgeprägt auf die oberen Einkommensgruppen konzentrieren, verstärken die ungleiche Verteilung der Einkommen zusätzlich.

In den letzten Jahren konzentrieren sich die Vermögen auf einen immer kleineren privilegierten Kreis. So hat der Vermögensanteil der obersten 10 Prozent der Bevölkerung im Kanton Bern um 3.3 Prozentpunkte zugenommen und der Anteil des obersten Vermögensprozents nochmals um 1.8 Prozentpunkte. Auch der Gini-Index zeigt eine extrem ungleiche Verteilung der Vermögen. Aufgrund der Daten der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) für die gesamte Schweiz hat der Gini-Index in den letzten 30 Jahren von einem sehr hohen Niveau nochmals von 82.5 (1981) auf 84.4 (2010) zugenommen.

Damit dürfte die Zunahme der Vermögensungleichheit noch stärker als bei den Einkommen durch die wachsende Konzentration auf eine kleine Gruppe von Superreichen bedingt sein. Eine wichtige Rolle spielt dabei, dass die Vermögen in der Schweiz nur sehr moderat besteuert werden und die Steuerprogression nicht sehr ausgeprägt ist (Mahler & Jesuit 2006; Wang et. al 2012). Die Reduktion der Steuern in den letzten Jahren (z.B. Abschaffung der Erbschaftssteuern in den meisten Kantonen), hat vor allem bei den höchsten Einkommen und Vermögen eine markante Reduktion der Steuerbeiträge gebracht (SGB 2015). Die Um-

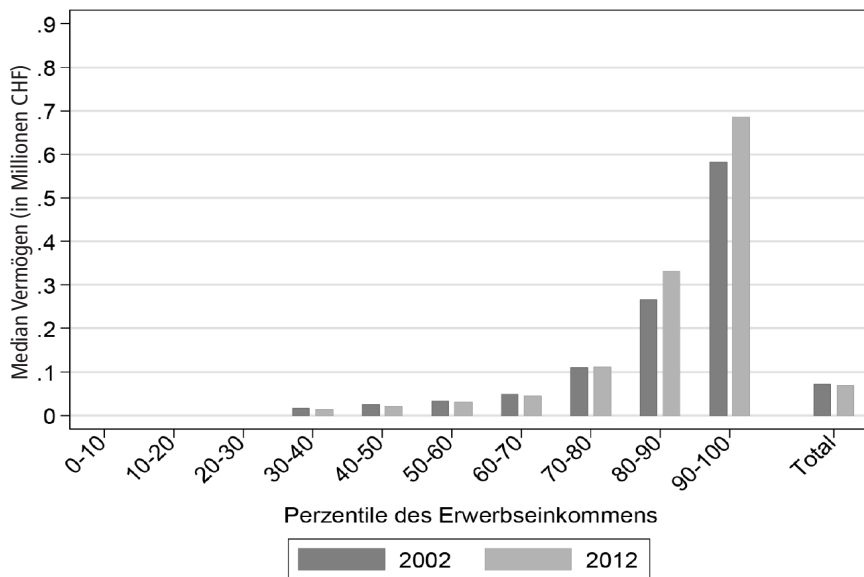


verteilung von Vermögen durch Steuern spielt deshalb kaum eine Rolle, und zudem wirkt die Schweiz aus steuerlichen Gründen attraktiv für die Einwanderung von vermögenden Personen.

Die ausgeprägte ungleiche Verteilung der Vermögen hängt auch mit dem geringen Anteil an Wohneigentum in der Schweiz zusammen. Die Schweizer Bevölkerung ist ein Volk von Mietern: Nur rund ein Drittel (37.5%) der Bevölkerung verfügt über Wohneigentum (BFS 2015b). Somit profitiert nur eine Minderheit von den stark gestiegenen Preisen der Wohnliegenschaften, während gleichzeitig die Mietzinsen stark gewachsen sind. Vor allem bei den relativ tiefen Einkommen führt dies zu einer hohen Belastung und zu einer weiteren Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen.¹⁰

Die Akkumulation der Vermögen wird durch Erbschaften verstärkt. Wie die Vermögen sind auch Erbschaften extrem ungleich verteilt. So entfallen auf das Prozent der Erben mit den höchsten Erbschaften 35 Prozent der gesamten Erbmasse. Gleichzeitig gehen grössere Erbschaften vor allem an Personen in den höchsten Einkommens- und Vermögensklassen. So erhält das Prozent der Vermögendsten ganze 44 Prozent der Erbschaften über zwei Millionen Franken und das oberste Dezil drei Viertel davon, während die untersten 60 Prozent gerade mal 10 Prozent der hohen Erbschaften erhalten (Jann & Fluder 2015)¹¹. Ein Teil der höchsten Erbschaften umfasst mehr als ein gesamtes Lebensinkommen. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse ist das klare Votum der Schweizer Bevölkerung gegen eine Besteuerung der höchsten Erbschaften kaum nachvollziehbar. Daran lässt sich ablesen, dass die extreme Ungleichheit der Vermögensverteilung von der Mehrheit nicht oder nur verzerrt wahrgenommen und deshalb auch nicht als problematisch eingeschätzt wird.

Es besteht auch ein enger Zusammenhang zwischen der Verteilung der Einkommen und der Vermögen. Betrachtet man die durchschnittlichen Vermögen der Einkommens-Dezilgruppen der Personen im erwerbsfähigen Alter, so verfügt die Mehrheit der untersten Dezilgruppen über kein Vermögen (Medianvermögen = 0), während bei den oberen Dezilgruppen die durchschnittlichen Vermögen mit dem Einkommen ebenfalls stark zunehmen (siehe Grafik 3). So befindet sich ein Grossteil der Vermögenswerte in den Händen der Personengruppen mit den höchsten Einkommen. Indem die Einkommensreichsten auch die höchsten Vermögen besitzen, verschärft sich die Ungleichheit der finanziellen Mittel zusätzlich.



Grafik 3: Medianvermögen nach Einkommens-Dezilgruppen 2002 und 2012 (in Millionen Franken, zu den Preisen von 2010).

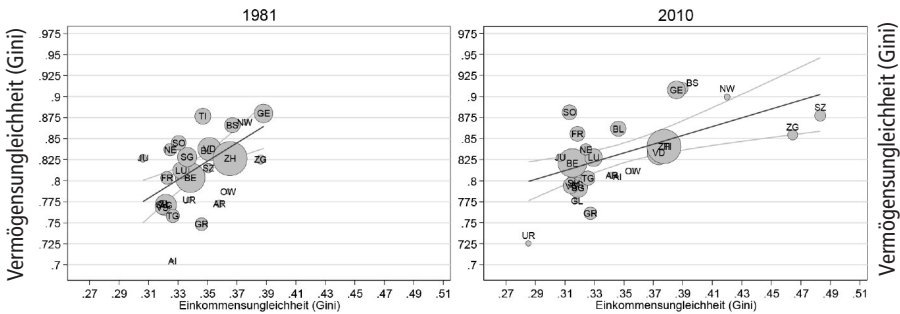
Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern, Personen im Alter von 20 bis 65.

Zunehmende regionale Disparitäten

Markante Veränderungen zeigen sich, wenn der Fokus auf die Ungleichheit auf kantonaler Ebene gelegt wird. Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit innerhalb der Kantone lässt für die Periode zwischen 1981 und 2010 eine deutliche Spreizung erkennen. Diese Entwicklung ist bei der Einkommensverteilung ausgeprägter als bei der Vermögensverteilung. Das hängt mit dem Steuerwettbewerb und der stärkeren Besteuerung der Einkommen gegenüber den Vermögen zusammen. Hauptsächlich die höchsten Einkommen und Vermögen haben eine markante Reduktion der Steuerbeiträge erfahren. Im Jahr 1981 waren die Kantone bezüglich der Verteilung noch relativ homogen. Bis 2010 zeigt sich eine deutlich divergierende Entwicklung, womit die Verhältnisse zwischen den Kantonen deutlich heterogener geworden sind. Zu erkennen ist eine markante Spreizung entlang der Achse der Einkommensungleichheit. Auffällig hoch ist die Einkommensungleichheit heute in Schwyz, Zug und Nidwalden, also in Kantonen, die sich im Rahmen des Steuerwettbewerbes ausgeprägt um attraktive Steuerzahler bemüht haben. Kantone wie Baselstadt oder Genf, wo schon immer relativ viele sehr reiche Personen wohnten, führen die Rangliste hinsichtlich der Vermögensungleichheit an. Demgegenüber sind Uri und ein Teil der eher ländlichen Kantone sehr viel egalitärer. Werden die durch-



schnittlichen Einkommen und Vermögen der Kantone verglichen, so kann von einer drastischen Zunahme der Unterschiede zwischen den Kantonen gesprochen werden. Der Gini-Index der Einkommensungleichheit zwischen den Kantonen steigt zwischen 1981 und 2010 von 6.3 auf 9.5 (d.h. um 50 Prozent) und der Gini-Index der Vermögensungleichheit von 14.1 auf 24.7 (d.h. um 75 Prozent).¹²



Grafik 4: Einkommens- und Vermögensungleichheit in den Kantonen, 1981 bis 2010

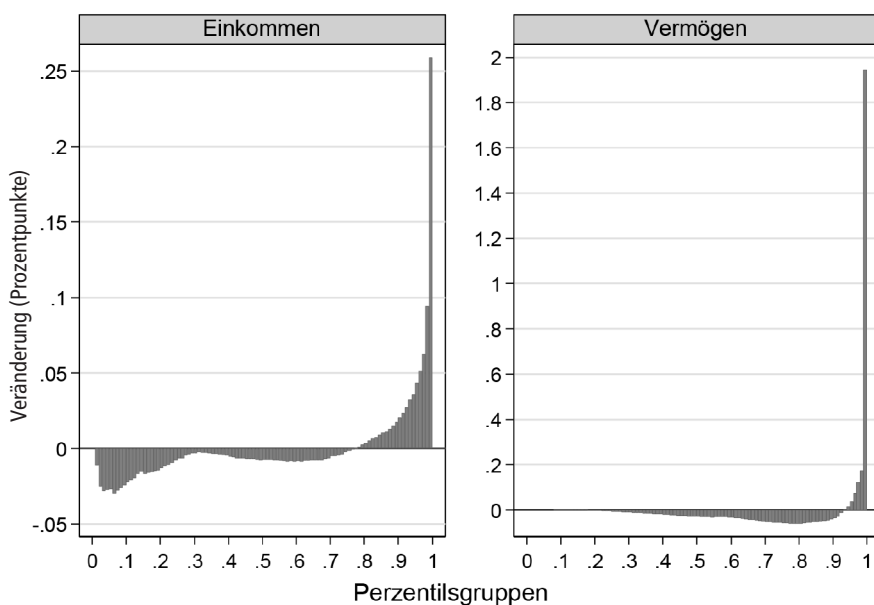
Quelle: Aggregierte Steuerdaten der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Jahre 1981 und 2010.

Diese Entwicklung wirft verschiedene Fragen auf. Einesteils ist sie eine Folge des Steuerwettbewerbs (Hümbelin und Farys 2015; Schaltegger et al. 2011). Allerdings sind gemäss einer Untersuchung von Brühlhart und Parchet (2014) bei den kantonalen Erbschaftssteuern kaum Effekte zu erkennen, die zu einer erhöhten Mobilität von Vermögenden hätten führen können. Deutlicher sind die Evidenzen, dass Steuerzahler auf eine Veränderung von Steuersätzen reagieren – ganz besonders im oberen Einkommensbereich (Schmidheiny 2006; Feld und Kirchgässner 2001; Kirchgässner und Pommerehne 1996). Diese Entwicklung stellt den Zusammenhalt innerhalb der Schweiz in besonderer Weise auf die Probe. Nur in wenigen Ländern ist die Finanzautonomie der subnationalen Einheiten so ausgeprägt wie in der Schweiz, und oft wird ihr ausgeprägter Föderalismus als besondere Stärke hervorgehoben. Doch gerade im Fall der Steuern kann dies zu einer Angleichung nach unten (Steuerreduktion) und zu Kluften zwischen den Kantonen führen. Wie das jüngste Beispiel, die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des interkantonalen Finanzausgleiches, zeigt, sind dabei auch vermehrt Konflikte zwischen den Kantonen zu erwarten, und die Tendenz, gemeinsame Lasten abzuwälzen. Auch die Solidarität und das gute Einvernehmen zwischen den verschiedenen staatlichen Akteure sind gefährdet.¹³



Gewinner und Verlierer

Es zeigt sich also, dass sich die Einkommen und Vermögen zunehmend auf eine kleine Gruppe von Spitzenverdienenden und Superreichen konzentrieren. Anhand eines Vergleichs der Einkommens- und Vermögensverteilung in den Jahren 2002 und 2012 auf der Basis der Steuerdaten des Kantons Bern lässt sich ebenfalls nachweisen, dass vor allem das oberste Segment zulasten der mittleren Einkommen gewonnen hat. Zu den Verlierern gehört das unterste Einkommenssegment, was sich in der wachsenden Armut widerspiegelt (vgl. Verteilungsbericht und Gleichheitsmonitor in diesem Band). Im untersten Einkommenssegment liegen die Einkommen in der Regel unter der Armutsschwelle und müssen durch Sozialleistungen (vor allem Sozialhilfe und EL) ergänzt werden, um das Existenzminimum sicher zu stellen.¹⁴



Grafik 5: Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung 2002 bis 2012

Quelle: Steuerdaten des Kantons Bern der Jahre 2002 und 2012.



Anmerkungen

- 1 Ein herzlicher Dank geht an Stefan Ilic und Jonas Meier, die mit grossem Einsatz bei der Beschaffung und Aufbereitung der Steuerdaten behilflich waren.
- 2 Gornick und Jäntti (2013) identifizieren auf der Basis der Luxembourg Income Study die Schweiz als Sonderfall, weil die Einkommensungleichheit rückläufig sei – entgegen der Entwicklung in vielen anderen Ländern. Modetta und Müller (2012) wiederum finden anhand einer Analyse der Haushaltsbudget-Erhebung (HABE) eine äusserst stabile Einkommensverteilung in der Schweiz vor. Foellmi und Martinez (2013) erkennen allerdings mit dem Fokus auf Topverdiener eine zunehmende Konzentration bei den reichsten 10 Prozent.
- 3 Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Schweiz von 1970 bis 2010. Gefördert durch den Schweizerischen Nationalfonds (SNF, Projekt-Nr. 143399). Vgl. <http://inequalities.ch>
- 4 Die Unterschätzung des Gini-Wertes der Einkommensungleichheit in den Daten der HABE wird auf 0.06 Gini-Punkte geschätzt, während Steuerdaten aufgrund der nicht korrekten Erfassung der Haushalte (Fiskalhaushalte statt reale Haushalte) die Ungleichheit überschätzen (vgl. Hümbelin und Farys 2015).
- 5 Bei den Bundessteuerdaten wird das steuerbare Einkommen anhand der aggregierten Steuertabellen der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) verwendet, bei den Steuerdaten des Kantons Bern die verfügbaren Einkommen (Totaleinkommen abzüglich Steuern). Im Unterschied zu den Bundessteuerdaten liegen die kantonalen Steuerdaten als Einzeldaten vor, was ermöglicht, einzelne Komponenten und das verfügbare Einkommen zu berechnen, weshalb detailliertere Analysen möglich sind.
- 6 Auswertungen der ESTV-Daten 2010. Das Ergebnis zum obersten Prozent beruht auf den Angaben der Top Income Database.
- 7 Der Gini-Index hat sich als Verteilungsmasszahl in der internationalen Ungleichheitsforschung etabliert (Hao und Naimann 2010). Der Koeffizient nimmt bei maximaler Ungleichheit den Wert 100 an (eine Person besitzt alles) und wird Null, wenn alle untersuchten Objekte exakt gleich viel besitzen.
- 8 Anhand von Survey-Daten zeigen sich teilweise unterschiedliche Tendenzen: eine Abnahme bzw. Stabilität der Ungleichheit seit der Finanzkrise (SILC und HABE-Daten).
- 9 Berechnungen auf der Basis der Steuerdaten des Kantons Bern.
- 10 Bei den Haushalten mit tiefem Einkommen betragen die Mietkosten 30 Prozent des Haushaltsbudgets, im Gegensatz zu 19 Prozent bei den mittleren Einkommen und 14 Prozent bei den hohen Einkommen. Diese Kosten haben seit 1998 bei der tiefen Einkommensgruppe um 1.7 Prozentpunkte zugenommen, gegenüber 0.5 bzw. 0.4 Prozentpunkten bei der mittleren und hohen Einkommensgruppe (ESTV 2015a, S. 44).
- 11 Diese Ergebnisse beruhen auf der Auswertung der Steuerdaten des Kantons Bern der Jahre 2002 bis 2012.
- 12 Zur Berechnung dieser Werte wurden pro Kanton das durchschnittliche steuerbare Einkommen und das durchschnittliche Reineinkommen pro Steuereinheit errechnet; anhand der kantonalen Indikatoren wurde mittels Gini-Koeffizient für die Jahre 1981 und 2010 die Ungleichheit zwischen den Kantonen ermittelt.
- 13 www.derbund.ch/bern/kanton/Zuercher-SVP-waermt-Kampagne-gegen-faule-Berner-auf/story/13354127
- 14 Sozialhilfeleistungen und Ergänzungsleistungen sind in den Steuerdaten nicht enthalten, da diese nicht steuerpflichtig sind. Somit leisten sie einen Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit und zur Eingrenzung der Polarisierung der Gesellschaft.

Literatur

- Alvaredo, F.; Atkinson, A. B.; Piketty, T.; Saez, E. (2015): The World Top Incomes Database.
- Baumann, H.: Verteilung 2014: Ist in der Schweiz alles anders? In: Denknetz-Jahrbuch 2014, Zürich.
- Brühlhart, M.; Parchet, R.: Alleged tax competition: The mysterious death of bequest taxes in Switzerland. *Journal of Public Economics*, 111/2014. S. 63–78.
- BFS: Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2010. Tiefelöhne in der Schweiz. BFS Aktuell, Neuchâtel, 2012.



- BFS: Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2010. Tiefelöhne in der Schweiz. BFS Aktuell, Neuchâtel, 2012a.
- BFS: Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2010. www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/04/blank/data/00.html. Heruntergeladen am 24. Juni 2015.
- BFS: Statistischer Sozialbericht Schweiz 2015. Neuchâtel, 2015a.
- BFS: Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2010. Neuchâtel, 2015b. www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/09/03/blank/key/bewohnertypen/nach_region.html. Heruntergeladen am 20. Juli 2015.
- Credit Suisse: Global Wealth Report 2014. Zürich, 2014.
- Farys, R.: Einkommensungleichheit in der Schweiz. Was können wir aus Steuerdaten lernen. Institut für Soziologie Universität Bern (unveröffentlichte Dissertation), 2015.
- ESTV: Haushaltseinkommen steigen, kantonale Unterschiede nehmen zu. ESTV, Bern. Medienrohstoff vom 26.6.2015.
- ESTV: Erodieren der Mittelstand? Hintergrundstudie zum Bericht in Erfüllung des Postulats 10.4023 von Susanne Leutenegger Oberholzer. ESTV, Bern, 2015a.
- Feld, L. P.; Kirchgässner, G.; Schaltegger, C. A.: Decentralized taxation and the size of government: evidence from Swiss state and local governments. CESifo Working Paper, 2003 (18.03.2014).
- Fluder, Robert; Stremmlow, Jürgen: Armut und Bedürftigkeit. Herausforderungen für das kommunale Sozialwesen. Haupt, Bern, 1999.
- Foellmi, Reto; Martínez, Isabel: Volatile top income shares in Switzerland? St. Gallen, Working paper, 2013 (18.03.2014).
- Gornick, J.; Jäntti C.: Income inequality: economic disparities and the middle class in affluent countries. Stanford University Press, Stanford, 2013.
- Hao, L.; Naiman, D. Q.: Assessing inequality. SAGE, California, New Delhi, London, Singapore, 2010.
- Hümbelin, O.; Farys, R. (2015a). Are tax data suitable to assess inequality trends? A theoretical and empirical review with tax data from Switzerland. Universität Bern, Working paper, 2015b.
- Hümbelin, O.; Farys, R. (2015a). The Suitability of Tax Data to Study Trends in Inequality. A theoretical and empirical review with tax data from Switzerland. Universität Bern, Working paper.
- Jann, B.; Fluder, R.: Erbschaften und Schenkungen im Kanton Bern, Steuerjahre 2002 bis 2012. Universität Bern, Sozialwissenschaften, Working paper No. 11, 2015.
- Kissling, Hans: Reichtum ohne Leistung. Die Feudalisierung der Schweiz. Zürich/Chur, 2008.
- Mahler, V. A.; Jesuit, D. K. (2006): Fiscal redistribution in the developed countries: new insights from the Luxembourg Income Study. *Socio-Economic Review*, 4(3), S. 483–511.
- OECD: Growing Unequal? Income distribution and poverty in OECD Countries. OECD Publishing, Paris, 2008.
- OECD: Divided we stand. Why inequality keeps rising. OECD Publishing, Paris, 2011.
- OECD: In it Together. Why less inequality benefits all. OECD Publishing, Paris, 2015.
- Perrez, J.: Einkommensverteilung wie vor zwanzig Jahren. Die Verteilung der Einkommen von 1991 bis 2010. In: Statistik Inof 2013/11. Statistisches Amt des Kantons Zürich, 2013.
- Piketty, Thomas: Capital in the twenty-first century. Harvard, 2014.
- Schaltegger, C.A.; Gorgas, C. (2011): The evolution of top incomes in Switzerland over the 20th century. *Swiss Journal of Economics and Statistics (SJES)*, Swiss Society of Economics and Statistics (SSES), vol. 147(IV), S. 479–519.
- Schmidheiny, K. (2006): Income segregation and local progressive taxation: Empirical evidence from Switzerland. *Journal of Public Economics*, 90(3), S. 429–458.
- Schweiz, Nationalbank: Vermögen der privaten Haushalte 2013. Medienmitteilung 2014.
- SGB: SGB-Verteilungsbericht 2015. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz. Bern, 2015.
- Wang, C.; Caminada, K.; & Goudswaard, K. (2012): Die Umverteilungswirkung von Sozialtransferprogrammen und Steuern: Verschiedene Länder im Vergleich. *Internationale Revue für soziale Sicherheit*, 65(3), S. 31–54.
- World Economic Forum: Global Risks 2013. Eighth Edition. World Economic Forum, Geneva, 2013.